



Peter Wichtel

Unsere Stimme in Berlin

CDU

Berlin Aktuell

11/2014 – 26.09.2014

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
liebe Freunde,

in dieser Sitzungswoche des Deutschen Bundestages haben wir uns unter anderem mit dem Gesetzespaket zur Umsetzung der europäischen Bankenunion und dem Abschlussbericht des Staatssekretärsausschusses zur sogenannten Armutsmigration befasst.

Mehr hierzu und weitere Informationen wie zur Reform des Asylrechtes, welches nun auch die Zustimmung des Bundesrates gefunden hat, lasse ich Ihnen hiermit in der aktuellen Ausgabe meines Newsletters „Berlin Aktuell“ zukommen.

Mit den besten Wünschen für ein schönes Wochenende

Ihr

www.peterwichtel.de



Asylsystem zugunsten wirklich Verfolgter entlastet

Nach langem internem Ringen hat der **Bundesrat am vergangenen Freitag dem geänderten Asylrecht zugestimmt** und damit Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina als sichere Herkunftsstaaten anerkannt. Zugleich erleichtert das Gesetz, das der Bundestag bereits vor der Sommerpause beschlossen hatte, befristet den Arbeitsmarktzugang für



(© hacks/pixelio.de)

Asylbewerber und geduldete Ausländer, erlaubt Geldleistungen als Regelfall und ersetzt die Residenzpflicht durch eine Wohnungsmeldepflicht. **Ziel: Unser Asylsystem muss den politisch Verfolgten schnell eine sichere Zuflucht gewähren; es darf aber auch Menschen, die nicht verfolgt sind, keine falschen Hoffnungen machen.**

Viele Personen, die einen Antrag auf die Gewährung politischen Asyls stellen, haben praktisch keine Aussicht auf Erfolg. Dies gilt etwa für mehr als 99 Prozent der Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina. Rund 25 Prozent der in Deutschland gestellten Asylanträge stammen von Asylbewerbern aus diesen Ländern. Trotz der Aussichtslosigkeit müssen die Menschen, solange über die Anträge nicht entschieden ist, im Rahmen der bestehenden Quotenregelung zur Unterbringung auf die Kommunen verteilt werden, denen damit eine zusätzliche Bürde aufgetragen wird.

Gleichzeitig können die Anträge etwa von Menschen aus Syrien, deren Asylanträge zu über 90 Prozent anerkannt werden, nicht schnell genug bearbeitet werden. Mit der Einstufung als sichere Herkunftsstaaten werden Anträge aus Serbien, Mazedonien und Bosnien-Herzegowina künftig schneller entschieden werden können, so dass mehr Kapazitäten für wirklich Verfolgte frei sein werden. **Nur ein gerechtes Asylsystem, das nicht als Vehikel für unregelte Zuwanderung funktioniert, hat die Akzeptanz der Bevölkerung.**

Weiterführende Informationen finden Sie auf den Seiten des zuständigen Bundesministeriums des Innern unter www.bmi.bund.de sowie auf der Homepage der Bundesregierung unter www.bundesregierung.de.

Bankenunion steht in den Startlöchern



(© Lupo/pixelio.de)

In dieser Woche wurde das **Gesetzespaket zur Umsetzung der europäischen Bankenunion in den Deutschen Bundestag eingebracht**. Mit der Errichtung der Bankenunion verfolgen wir das Ziel, die Währungsunion zu stabilisieren, Fehlanreize im Finanzsektor abzubauen und künftig zu verhindern, dass Verluste einzelner Banken auf die Steuerzahler abgewälzt werden. Mit der Umsetzung der europäischen Bankenabwicklungsrichtlinie werden europaweit Privathaftungsregeln sowie ein brancheninterner Abwicklungsfonds eingeführt. Haftung und Verantwortlichkeit werden dort angesiedelt, wo die Zuständigkeit für die wirtschaftlichen Entscheidungen liegt. **Dies entspricht unserem Verständnis von sozialer Marktwirtschaft. Wir wollen das Risiko ausschließen, dass wie in der Finanzmarktkrise Bankenrettungen erst durch Steuerzahler möglich werden.**

Ab Januar 2015 sollen bei einer Bankenabwicklung zuerst Eigentümer und Gläubiger unmittelbar finanziell beteiligt werden. Danach kann der europäische Bankenabwicklungsfonds (Single Resolution Fund –SRF) einspringen, der nach deutschem Vorbild mit Mitteln der Banken gefüllt wird. Erst als letztes Mittel, und nur wenn alle übrigen Maßnahmen nicht ausreichen, könnten noch öffentliche Mittel zum Einsatz kommen. Dieser sogenannten Haftungskaskade ist zudem die neue EU-Finanzaufsicht vorangestellt, die europaweit die gleichen strengen Maßstäbe anwendet, starke Eingriffsrechte hat und damit etwaigen Risiken schon frühzeitig entgegenwirkt. Solide Banken sollen zum Markenzeichen Europas werden.

Auf den Seiten des Bundesfinanzministeriums finden Sie unter folgendem Link weitere Informationen zum Themengebiet der Bankenunion – www.bundesfinanzministerium.de.

Aktuelles aus dem Plenum



(© Petra Bork/pixelio.de)

Mit dem **Gesetzentwurf zur Änderung des Freizügigkeitsgesetzes/EU**, den wir in erster Lesung beraten haben, strebt die Bundesregierung die Umsetzung der Vorschläge des am 8. Januar 2014 eingesetzten Staatssekretärsausschusses *„Rechtsfragen und Herausforderung bei der Inanspruchnahme der sozialen Sicherungssysteme durch Angehörige der EU-Mitgliedstaaten“* an. Dieser Ausschuss hat in seinem Zwischen- und Endbericht, die ebenfalls vorgestellt und debattiert wurden, drei wesentliche Handlungsfelder benannt: Zum einen soll Missbrauch im Bereich des Freizügigkeitsrechts wirkungsvoller bekämpft werden. Bei den Familienleistungen, insbesondere dem Kindergeld, sollen ebenfalls Missbrauch und Doppelzahlungen rascher aufgedeckt und vermieden werden. Schließlich empfiehlt der Ausschuss eine entschiedene Bekämpfung von Schwarzarbeit und Scheinselbstständigkeit. Für diese Handlungsfelder werden konkrete Maßnahmen, etwa befristete Wiedereinreiseperrn oder eine verbesserte Behördenzusammenarbeit vorgeschlagen. Neben diesen Schritten zur Missbrauchsbekämpfung ist eine Entlastung von betroffenen Kommunen, etwa im Bereich der Impfkosten für Kinder und Jugendliche, vorgesehen.

Am Mittwoch haben wir die Tagesordnung des Bundestages um eine **vereinbarte Debatte zu Deutschlands Beitrag zur Eindämmung der Ebola-Epidemie in West-Afrika** ergänzt. In Sierra Leone, Liberia und Guinea sind bereits mindestens 2.500 Tote und über 5.000 diagnostizierte Fälle zu beklagen. In allen drei Ländern steigt die Zahl der Infizierten und Toten momentan exponentiell an. Über die Debatte hinaus begrüßen wir den bisherigen deutschen Beitrag zur Bekämpfung der Epidemie, insbesondere die jüngsten Zusagen, die finanzielle Hilfe Deutschlands deutlich anzuheben. Damit soll die Versorgung der Ebola-Kranken mit Medikamenten und medizinischem Personal verbessert sowie Aufklärungs- und Präventionsmaßnahmen unterstützt werden. Begrüßt wird auch die jüngste Ankündigung der Bundeskanzlerin, eine Luftbrücke zum Transport von Hilfsgütern sowie eine Krankenstation zur Verfügung zu stellen.

Daten und Fakten

Bildungsinvestitionen sind für den Staat gut angelegtes Geld. Durch Arbeitnehmer mit Berufsausbildung oder Studienabschluss fließen dem Staat über Steuern und Abgaben erheblich mehr Einnahmen zu als dieser in deren Ausbildung investiert. Im Mittel summiert sich der fiskalische Nettoertrag pro Auszubildendem für die Staatskasse über das gesamte Erwerbsleben hinweg auf 124.000 Euro für Arbeitnehmer mit Berufsausbildung im Vergleich zu solchen ohne eine entsprechende Qualifikation und auf 97.000 Euro für Beschäftigte mit Hochschulabschluss im Vergleich zu solchen mit Berufsausbildung. Investitionen in Bildung sind für die öffentlichen Haushalte in Deutschland somit sehr gut angelegtes Geld. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim zu den Erträgen von Bildungsinvestitionen in Deutschland.

(Quelle: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung)

Leistungsorientierung an Schulen wichtig. Die Deutschen sind sich einig, dass gute Schülerleistungen wichtig für zukünftigen Wohlstand sind. Dies geht aus dem ifo-Bildungsbarometer 2014 hervor, bei dem 97 % der Befragten diese für 'sehr wichtig' oder 'eher wichtig' erachteten. Zur Sicherung der Leistung setzen die Deutschen auf bewährte Instrumente: 79 % sprachen sich dafür aus, dass Schüler mit schlechten Leistungen auch in Zukunft die Klasse wiederholen müssen. 77 % waren gegen die Abschaffung der Schulnoten.

(Quelle: ifo Bildungsbarometer 2014)

Impressum

Peter Wichtel MdB
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 / 227 – 77041
Fax: 030 / 227 – 76241
Mail: peter.wichtel@bundestag.de
Internet: www.peterwichtel.de

Redaktion

Christoph Schmid

Bildnachweis

Seite 2 – hacks/pixelio.de
Seite 3 – Lupo/pixelio.de
Seite 4 – Petra Bork/pixelio.de